

Unsere Position zur Volksabstimmung

Ein gutes Ergebnis der Volksabstimmung am 27. November wäre ein Erfolg für die Bewegung gegen Stuttgart 21. Der Widerstand muss aber über den 27. November hinaus aufgebaut werden.

Gemäß der Landesverfassung müssen bei einer Volksabstimmung ein Drittel der Stimmberechtigten mit „ja“ stimmen, damit das Gesetz, über das abgestimmt wird, in Kraft tritt. Zum Vergleich: die gegenwärtige Grüne-SPD-Regierung wurde am 27. März von weniger als einem Drittel der Wahlberechtigten gewählt (30,9%), ebenso wie ihre beiden schwarz-gelben Vorgängerregierungen. Würde das 1/3-Quorum bei den OB-Wahlen gelten, wäre Schuster nicht Oberbürgermeister. Denn ihn haben bei der letzten Wahl nur 22,79% der Wahlberechtigten gewählt.

Ein weiteres Problem ist, dass landesweit abgestimmt werden soll. Das Thema Stuttgart 21 bewegt aber die Menschen am Bodensee oder in Mannheim nicht so stark, dass sie in rauen Mengen zu den Wahlurnen strömen werden.

Es handelt sich nicht um eine Abstimmung zu Stuttgart 21, sondern nur um den Landesanteil der Finanzierung des Projekts. Das heißt: selbst wenn über 30 % für den Ausstieg stimmen, könnte das Milliardengrab durch Kostenübernahme des Landesanteils durch Bund und/oder Bahn gerettet werden.

Erhellend ist, dass der Stuttgarter Bevölkerung von den Tunnelparteien ein Bürgerentscheid über den Stuttgarter Kostenanteil verweigert wird, obwohl im März zum zweiten Mal die erforderliche Anzahl von Unterschriften in einem Bürgerbegehren gesammelt wurde. Bei einem stadtweiten Bürgerentscheid mit deutlich niedrigerem Quorum (25%) wären die Erfolgsaussichten viel besser – also wird das nicht zugelassen.

Die SPD-Führung will die Volksabstimmung nicht aus Liebe zur Demokratie (im Stuttgarter Gemeinderat war die SPD gegen einen Bürgerentscheid), sondern um Stuttgart 21 zu legitimieren, um unseren Widerstand zu schwächen und zu spalten.

Nichtige und verfassungswidrige Verträge

Die Landesregierung hätte andere Möglichkeiten als den Volksentscheid, wenn sie Stuttgart 21 stoppen wollte. Ministerpräsident Kretschmann argumentiert, er sei an Recht und Gesetz und an Verträge gebunden. Aber inzwischen ist belegt, was die Bewegung gegen Stuttgart 21 immer angenommen hat: die Bahn hat bei

der Vertragsunterzeichnung ihre internen Kosten-schätzungen verheimlicht. „Report Mainz“ vom 20. 9. hat das erneut bestätigt. Warum erklärt die Landesregierung die Verträge nicht für null und nichtig? Laut einem Gutachten im Auftrag der Grünen-Fraktion vom letzten Dezember ist Mischfinanzierung von Stuttgart 21 verfassungswidrig. Welchen Sinn macht es, eine Volksabstimmung über verfassungswidrige und nichtige Verträge durchzuführen? Warum akzeptiert man Verträge als gültig und will gleichzeitig per Volksabstimmung angeblich aus ihnen aussteigen, statt sie für ungültig zu erklären?

Die SPD-Führung lehnt diesen Weg ab und will stattdessen die Volksabstimmung, weil sie eben nicht aus den Verträgen aussteigen will, sondern sie bekräftigen will. Sie will Stuttgart 21 durchboxen und den Grünen ist der Fortbestand der Regierung wichtiger als die Beerdigung von Stuttgart 21. Die Grünen lassen sich von der SPD mit der Drohung eines Koalitionsbruchs erpressen. Außerdem sind die Grünen selbst schon längst eine etablierte, bürgerliche Partei, also keine Freundin von Massenbewegungen oder zivilem Ungehorsam. Daher nutzt die Landesregierung nicht ihre Möglichkeiten



und pfeift Verkehrsminister Herrmann immer wieder zurück. Stattdessen organisiert sie eine Volksabstimmung um den Widerstand gegen Stuttgart 21 zu demoralisieren und das Projekt dann besser durchziehen zu können. Wir haben keine Veranlassung, uns nach so einer Volksabstimmung – egal wie sie ausgeht – mit Stuttgart 21 zu versöhnen und den Widerstand einzustellen!

Wenn die Bewegung gegen Stuttgart 21 entscheiden könnte, ob eine Volksabstimmung stattfindet,

müsste sie sie unbedingt verhindern und auf Widerstand und die Annullierung der Verträge setzen. Aber die Entscheidung liegt eben nicht bei uns. Es hängt nicht von uns ab, ob die Volksabstimmung stattfindet. Wir müssen uns zu ihr verhalten. Was können wir tun, um die Absichten, die die Stuttgart-21-Befürworter mit der Volksabstimmung verfolgen, zu vereiteln?



Die Bewegung gegen Stuttgart 21 stärken!

Die Volksabstimmung mit dem 33%-Quorum ist kaum zu gewinnen. Trotzdem wird es gewaltige Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung haben, wie viele für den Ausstieg des Landes aus Stuttgart 21 stimmen, besonders in Stuttgart. Die Tunnelparteien, die Bahn, die IHK, Unternehmerverbände werden eine riesige Propagandawelle losstreuen und haben dabei den Großteil der Medien auf ihrer Seite. Sie wollen sich nicht auf der Sicherheit des Quorums ausruhen. Sie wollen uns eine herbe Abstimmungsniederlage beibringen. Sie wissen, dass nur eine solche Abstimmungsniederlage die Gegner demoralisieren und den Widerstand schwächen könnte. Dies dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen den Kampf um die Köpfe in den nächsten Wochen intensivieren. Wir brauchen weiter den nötigen Rückhalt für unseren Widerstand. Wir brauchen mehr Leute, die sich aktiv am Widerstand beteiligen. Dafür müssen wir Überzeugungsarbeit leisten. Es ist deshalb völlig richtig, dass das Aktionsbündnis eine große Informationskampagne plant, um unsere Argumente gegen Stuttgart 21 weiter zu verbreiten und für viele Ja-Stimmen zu kämpfen.

Gleichzeitig müssen wir erklären, dass die baden-württembergische Volksabstimmung Demokratie verhindert. Es dürfen keine Illusionen geschürt werden, dass eine einfache Mehrheit der endgültige Todesstoß für das Projekt wäre. Wir müssen im Gegenteil davon ausgehen, dass sie ein Nicht-Erreichen des Quorums zur Rechtfertigung für den Weiterbau nehmen und schon bald nach der Volksabstimmung den Abriss des Südflügels versuchen. Wir müssen deshalb die Volksentscheidskampagne für den Aufbau der Bewegung über den 27. November hinaus nutzen. Und je besser das Volksabstimmungsergebnis ist, desto größer wird die Empörung sein, wenn die Bahn danach weiter zu bauen versucht. Die Volksabstimmung bietet Möglichkeiten für den Aufbau der Bewegung. Es wird die erste Volksabstimmung auf Landesebene seit vielen Jahrzehnten sein, für viele Wahlberechtigte die erste Volksabstimmung/Bürgerentscheid überhaupt. Hunderttausende bis Millionen werden sich aufgrund der Volksabstimmung eine Meinung zu S 21 bilden. Bei der größten Demo gegen Stuttgart 21 bisher waren 150.000, also 2% der Stimmberechtigten. Es ist möglich, jetzt ein Vielfaches davon zu mobilisieren, auch wenn das 33%-Quorum kaum erreichbar ist. Je mehr von ihnen nicht nur abstimmen, sondern selber aktiv werden (mit Nachbarn, Arbeitskollegen etc. reden, Flugblätter verteilen, Infotische machen, an öffentlichkeitswirksamen Aktionen bis hin zu zivilem Ungehorsam teilnehmen, sich in den verschiedenen Gruppen gegen Stuttgart 21 organisieren usw.), um so besser. Desto besser wird das Ergebnis der Volksabstimmung sein und desto besser ist die Ausgangsbasis für die Fortsetzung des Widerstandes, für Blockaden, Besetzungen und andere Aktionen des Zivilen Ungehorsams nach dem 27.

November. Hannes Rockenbach hat bei der Montagsdemo am 19.9. zu Recht gesagt: „Unser Widerstand wird danach genauso legitim sein, wie er es jetzt ist. Und er wird auch nötig sein, denn die Bahn hat ja schon angekündigt: Egal was da rauskommt, sie will sofort danach den Südflügel abreißen.“

Boycott ist die falsche Taktik

Wir machen uns keine Illusionen in die Volksabstimmung und prangern ihren undemokratischen Charakter an. Im Unterschied zu einigen AktivistInnen ziehen wir daraus aber nicht die Schlussfolgerung, zum Boycott der Volksabstimmung aufzurufen.

Zum Teil wird argumentiert, eine Teilnahme an der Volksabstimmung würde bedeuten, ihr Ergebnis zu akzeptieren. Warum bitte? Parteien treten zu Wahlen an, aber denken gar nicht daran, im Falle einer Wahlniederlage die Politik der Regierung zu unterstützen. Der Bau von Stuttgart 21 würde Jahrzehnte dauern. Selbst wenn es jetzt eine Mehrheit für Stuttgart 21 gäbe (und wie bereits erwähnt, ist die Volksabstimmung keineswegs demokratisch), wäre das nur eine Momentaufnahme der Stimmung. Diese Stimmung kann sich sehr schnell wieder ändern, wenn z.B. die kapitalistische Krise die Staatsverschuldung weiter in die Höhe treibt und brutale Sozialkürzungen auf die Tagesordnung kommen. Dann könnte das Verständnis Milliarden und Abermilliarden am Stuttgarter Bahnhof sinnlos zu versenken, schnell in eine Zunahme der Wut umschlagen. Ein Versiegen der Mineralquellen aufgrund von Baumaßnahmen oder der Eintritt



von anderen Katastrophen, die wir beim Bau von S 21 immer wieder voraussagen, wird dazu führen, dass noch viel mehr Menschen als heute sagen: S 21 darf nicht weitergebaut werden. Keine Volksabstimmung ändert die physikalischen Eigenschaften von Gipskeuper, beseitigt die sonstigen geologischen Risiken beim Bau oder die Gefährdung des Mineralwassers usw. Deshalb haben wir auch nach einer Volksabstimmung keinen Grund, das Projekt zu akzeptieren.

Die Realität wird sein, dass es für die meisten, die gegen Stuttgart 21 sind (aber vielleicht noch nicht aktiv sind) selbstverständlich sein wird, für den Ausstieg des Landes zu stimmen und sich an der Abstimmung zu beteiligen. Statt sie zum Boycott zu bewegen, sollte mit ihnen darüber diskutiert werden, warum es nicht reicht, ein Kreuz auf dem Stimmzettel zu machen, warum sie zu Demonstrationen oder zu Blockaden kommen sollen, warum sie z.B. in ihrem Ort eine Gruppe gegen Stuttgart 21 gründen sollen.

Boycott hört sich zwar radikal und konsequent an. Aber in der Realität werden Diskussionen über Boycott ein Hindernis sein, mit den Leuten über das zu reden, was wirklich radikal ist: der weitere Aufbau des Widerstandes gegen Stuttgart 21. Oben bleiben!